

Schleswig-Holstein

Nachrichten

Konsens beim Kaffeetrinken

KIEL Nach kurzer Debatte hat gestern der Innen- und Rechtsausschuss des Landtages beschlossen, die Debatte über ein neues Gesetz zur Zulassung von Verfassungsbeschwerden zu vertagen. Lars Harms (SSW), der die Debatte angestoßen hatte, plädierte dafür, „das mal bei Kaffee und Kuchen bei mir im Büro zu besprechen, ob wir da nicht zu einer einheitlichen Regelung kommen können“. Harms will es Menschen ermöglichen, Grundrechte, die es nur im Norden gibt, vor dem Landesverfassungsgericht einklagen zu können. Andere Fraktionen fürchten Doppelstrukturen, weil Schleswig-Holsteiner auch allgemeine Grundrechte in Schleswig statt vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe einfordern könnten. *ky*

AfD: Bei uns kein Lehrerpranger

KIEL Die AfD-Fraktion im Norden will nicht wie deren Parteifreunde aus Hamburg ein Online-Portal freischalten, auf dem Eltern und Schüler melden können, wenn im Unterricht ihrer Ansicht nach gegen das Neutralitätsgebot verstoßen wird. Bundesweit hatte es massive Proteste gegen den „Lehrerpranger“ gegeben. „Die AfD-Fraktion Schleswig-Holstein wird ein solches Portal nicht einrichten, weil wir auf das übliche Beschwerdeverfahren vertrauen“, sagt der Abgeordnete Frank Brodehl. Schüler oder Eltern könnten sich bei Problemen an Lehrer, Schulleitungen oder Behörden wenden. *ky*

Hirsch sorgt für A23-Sperrung

SCHENEFELD Ein Rothirsch hat gestern für eine Vollsperrung der A23 gesorgt. Das Tier lief zwischen den Anschlussstellen Itzehoe Nord (Kreis Steinburg) und Schenefeld (Kreis Pinneberg) über Stunden auf und neben der Fahrbahn. Es sei dabei immer wieder von vorbeifahrenden Fahrzeugen aufgeschreckt worden, sagte eine Sprecherin der Polizei. Um Schlimmeres zu verhindern, wurde die A23 gesperrt. Bei der Suche nach dem Tier wurde sogar eine Wärmebildkamera eingesetzt – erfolglos. Der Hirsch war offenbar in sein Revier zurückgekehrt. Warum der Hirsch offenbar orientierungslos auf der Autobahn unterwegs war, ist unklar – die Hirschbrunft in Norddeutschland ist seit Mitte Oktober zu Ende. *lno*



Übung im zweiten Anlauf gelungen

ELPERSBÜTTEL Einen Tag nach dem Herbststurm hat das Wetter gestern gepasst: Die Katastrophenschutzübung der Bundeswehr am Elpersbütteler Deich (Kreis Dithmarschen) wurde wie geplant mit drei Hubschraubern und rund 70 Soldaten und Reservisten abgehalten, wie ein Sprecher des Landeskommandos Schleswig-Holstein sagte. Das stürmische Wetter am Dienstag habe das Training unmöglich gemacht, weil die Hubschrauber-Rotoren für Besprechungen immer wieder an- und abgestellt werden müssen – das ist bei starkem Wind unmöglich. *lno*

Land kann nicht pünktlich zahlen

Beschäftigte warten auf ihr Gehalt / Software-Probleme kosten den Steuerzahler Millionen

Von Kay Müller

KIEL Das Land bekommt die Probleme bei den Gehaltsabrechnungen seiner Mitarbeiter nicht in den Griff. Das bedeutet, dass auch in den nächsten Monaten vor allem Lehrer und Angestellte an den Hochschulen damit rechnen müssen, dass sie ihren Lohn vier bis sieben Tage später als gewohnt auf dem Konto haben. „Bei Zulagen kann die Wartezeit sogar mehrere Monate betragen“, sagt Finanzstaatssekretärin Silke Schneider, der die Sorgenfalten gestern kaum aus dem Gesicht weichen. „Ich will nichts beschönigen: Ich rechne nicht damit, dass wir vor Frühjahr 2019 im grünen Bereich sind.“

Grund sind Software-Probleme der Firma „P&I“, die das Land 2011 mit der Einführung des neuen integrierten Verwaltungssystems „Kopers (Kooperatives Personalmanagement)“ betraut hat. Doch seit Jahren gibt es Probleme: Das System läuft zu langsam und stürzt immer

wieder ab. Ursprünglich sollte die Umstellung auf das digitale System bereits 2014 abgeschlossen sein. Jetzt rechnet Schneider vorsichtig damit, dass im Jahr 2022 alles reibungslos funktionieren



„Leider haben wir aufgrund der geschlossenen Verträge mit der Software-Firma kaum Sanktionsmöglichkeiten.“

Silke Schneider
Finanz-Staatssekretärin

soll. In dieser Form gibt es dieses von „P&I“ entwickelte System, das auch Hamburg nutzt, in keinem anderen Bundesland.

„Obwohl beim Start einer solch umfassenden Software immer mit Anlaufschwierigkeiten zu rechnen ist, ist dieser Zustand sehr bedauerlich und letztlich nicht akzeptabel“, sagt Schneider, die die Angelegenheit zur „Chefsache“ gemacht hat. Bislang hat sie eine Hotline für Betroffene

eingerrichtet und zusätzliche Mitarbeiter eingestellt, die auch sonabends an den Abrechnungen arbeiten. Dabei hat das Ministerium die Umstellung des Systems veranlasst, obwohl klar war, dass es Probleme geben wird. „Die Belastbarkeit kann man nur im Echt-Betrieb testen“, sagt Schneider. „Eine weitere Verzögerung hätte nur noch mehr Geld gekostet.“

Schon jetzt bleibt der Steuerzahler auf rund 90 Millionen Euro sitzen. Ursprünglich waren für das Projekt 26,5 Millionen Euro veranschlagt, jetzt kommen allein bis 2018 noch einmal 70 Millionen hinzu. Und für den Zeitraum von 2019 bis 2022 rechnet Schneider noch einmal mit 47 Millionen – Stand heute. Die Kosten wird das Land tragen müssen, weswegen es in der Vergangenheit schon massive Kritik vom Bund der Steuerzahler gab.

„Leider haben wir aufgrund der geschlossenen Verträge mit der Software-Firma kaum Sanktionsmöglichkeiten“, sagt Schneider. Sie werde

aber darauf achten, dass es die bei künftig mit externen Firmen geschlossenen Kontrakten gibt. Schließlich habe das Land noch viel vor bei der Digitalisierung.

Den Landesbeschäftigten, die ihr Geld nicht fristgerecht bekommen, nützt das wenig. Es habe einige Härtefälle gegeben, in denen Mitarbeiter in Zahlungsschwierigkeiten

geraten seien, so Schneider. Von 100 000 Zahlungen an tariflich Beschäftigte überwies das Land im August 600 und im September 1000 zu spät. Der Oktober ist bereits abgerechnet: 1100 Landesbeschäftigte werden auf ihren Lohn warten müssen.

► Die Hotline ist für Betroffene montags bis freitags von 9 bis 15 Uhr unter 040/428281606 erreichbar.

KOMMENTAR

Besser verhandeln

Es ist eine kleine Elbphilharmonie, die das neue digitale Personalmanagement-Programm kostet: 90 Millionen Euro hat das Land in den Sand gesetzt. Geld der Steuerzahler. Und das, weil das Land schlechte Verträge geschlossen hat. Noch schlimmer als bei der Marschbahn, in der das Land laufende Verträge kaum kündigen kann, hat es kaum Sanktionsmöglichkeiten, wenn eine Software-

Firma schlampft. „So geht es nicht“ – mit dem Satz hat die Staatssekretärin recht. Viel schlimmer ist das Bild, das das Land abgibt. Es ist nicht in der Lage, seine Mitarbeiter pünktlich und korrekt zu bezahlen. Und das in Zeiten, in denen das Land händelndes Fachkräfte sucht.

Kay Müller
ist Mitglied unserer
Schleswig-Holstein-
Redaktion
ky@shz.de

Weniger Bürokratie, mehr Sozialwohnungen

KIEL Schleswig-Holsteins Bauminister **Hans-Joachim Grote** (CDU, Foto) will mit Bürokratieabbau bessere Rahmenbedingungen für sozialen Wohnungsbau schaffen. „Es gibt viel zu viele Normen und Richtlinien, die das Bauen unnötig teuer machen“, sagte Grote. Mindeststandards zur Gefahrenabwehr müssten natürlich eingehalten werden. „Aber muss wirklich jede Norm, auch für Wasserhähne und Türdrücker, vertraglich vereinbart werden?“ Bezahlbarer Wohnraum steht im Mittel-



punkt der Konferenz der Bauminister der Länder und des Bundes ab heute in Kiel. „Über allem steht die Frage, wie wir es schaffen, mehr Bauland und mehr Wohnraum bereitstellen zu können“, sagte Grote. Ansatzpunkte könnten eine Verdichtung der Innenstädte, der Ausbau von Dachgeschossen oder die stärkere Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene sein. „Wir denken auch über einen stärkeren mehrgeschossigen Wohnungsbau im ländlichen Raum nach.“ Einen positiven Effekt verspricht er sich auch von einer stärkeren Angleichung der Bauordnungen in den Ländern. *lno*

Teilerfolg für Volksinitiative gegen Fracking

KIEL Zwei Herzen schlagen in der Brust von Reinhard Knof. Gerade hat er miterlebt, wie der Innen- und Rechtsausschuss gestern die Zulässigkeit seiner Volksinitiative (VI) zum Schutz des Wassers abgelehnt hat. Allerdings haben die Politiker gleich danach die Zulässigkeit weiter Teile der VI erklärt. Damit bleibt nur der Part über ein landesweites Fracking-Verbot im Parlament unbehandelt – es sei denn, der Landtag folgt im November der Empfehlung des Ausschusses nicht. In dem Fall will Knof allerdings das Landesverfassungsge-

richt anrufen. „Denn wir sind nach wie vor der Auffassung, dass die Initiative komplett zulässig ist.“ Folge ihm das Verfassungsgericht, könnten auch andere Länder rechtssicher Fracking verbieten.

Das sehen CDU, FDP, Grüne und AfD anders. Sie halten den Bundesgesetzgeber für zuständig, um über Fracking-Verbote zu entscheiden.

Knof sieht die Abstimmung dennoch als Teilerfolg, denn die anderen Punkte der VI seien wesentlich: „Ich gehe davon aus, dass der Landtag denen zustimmen wird. Und dann haben wir viel erreicht.“ So könnte Bergbau

künftig nicht mehr ohne Einfluss der zuständigen Wasserbehörden der Kreise stattfinden. „Die Bergbauunternehmen werden in Zukunft für Schäden haften, bei Unfällen ihre Bohrungen unterbrechen müssen und können ihre Absichten nicht mehr hinter Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen verbergen.“ Damit könnte es nach über fünf Jahren gelingen, den „bisher nur unter der fragwürdigen Aufsicht des Bergamtes agierenden Bergbauunternehmen eine wirkungsvolle Aufsicht durch die Kreisverwaltungen entgegenzusetzen.“ *ky*